

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

23. Jahrgang

Berlin, den 13. Juli 1956

Nummer 28/29

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1956

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Abgeschlossen in Königswinter (Margarethenhof) am 6. Juli 1956

Die Lage der Weltwirtschaft

In der westlichen Welt hat das wirtschaftliche Wachstum im Verlauf der ersten Jahreshälfte fast ganz aufgehört. Soweit in einigen Ländern noch eine weitere Expansion erfolgte, wurde sie durch eine gegenläufige Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft weitgehend kompensiert. Bei annähernder Stagnation des realen Wachstums hielten nominelle Einkommenssteigerungen an. Der Preisanstieg wurde mit verschärften restriktiven Maßnahmen bekämpft.

In den Vereinigten Staaten von Amerika, in denen sich während der ersten Monate dieses Jahres die kontraktiven und expansiven Faktoren noch annähernd die Waage hielten, scheinen um die Jahresmitte, vorderhand jedenfalls, die dämpfenden Kräfte das Übergewicht gewonnen zu haben. Die kontraktiven Faktoren sind weiter in der verminderten Nachfrage der Konsumenten nach langlebigen Verbrauchsgütern, im eingeschränkten Wohnungsbau, im Absatzrückgang der Landmaschinenindustrie und in einer Verlangsamung des Lageraufbaus zu suchen. Demgegenüber liegen die Auftriebskräfte vorwiegend in den steigenden Aufwendungen der Wirtschaft

für Anlagezwecke. Auch die Ausgaben der Öffentlichen Hand — Bund, Staat und Gemeinden — haben, wie erwartet, wenn auch langsam, erneut zu steigen begonnen, jedoch zunächst noch bei einem erheblichen Überschuß in der Gesamtheit der Öffentlichen Haushalte. Die gegenwärtig leichte Rückbildung des realen Sozialproduktes hat sich bei noch anhaltenden Preisauftriebs-tendenzen — vornehmlich im Investitionsgüterbereich der Wirtschaft — vollzogen, so daß auch in den Vereinigten Staaten von Amerika im ersten Halbjahr 1956 ein Voraneilen der nominalen Einkommensbildung zu verzeichnen ist. Diese unterschiedliche Tendenz in der realen und nominalen Entwicklung des amerikanischen Sozialproduktes dürfte teilweise auf die am 1. März 1956 erfolgte Heraufsetzung der Mindestlöhne zurückzuführen sein. Außerdem spiegelt sie die rege Nachfrage nach Investitionsgütern wider, die hier noch die Durchsetzung von erhöhten Preis- und Lohnforderungen ermöglichte. Obwohl in anderen Teilbereichen bereits freie Kapazitäten und Arbeitskraftreserven vorhanden waren, kam es bei der geringen Mobilität der Arbeiter und der mangelnden Preisreagibilität dieser Bereiche zu keinem Ausgleich.

Die Lohn- und Gehaltseinkommen haben weiter zugenommen, während die Gewinnbildung in der Wirtschaft leicht sinkende Tendenzen zeigt. Der Anteil der Selbstfinanzierung hat sich dementsprechend bei steigenden Aufwendungen für Anlagezwecke und immer noch beträchtlicher Lageranreicherung vermindert, die Inanspruchnahme von Kapitalmarkt und Bankkredit verstärkt. Das Federal-Reserve-System, das im April seine Politik der Kreditrestriktion durch eine nochmalige Heraufsetzung des Diskontsatzes verschärfte, hat inzwischen durch Wertpapierkäufe am Offenen Markt wieder eine leichte Entspannung am Geldmarkt herbeigeführt. Die Regierung hatte ihrerseits schon am Jahresbeginn gewisse Erleichterungen für den Hypothekenkredit veranlaßt.

In den widerspruchsvollen Tendenzen, denen durch den Stahlstreik ein neues Element von noch nicht überschbarem Gewicht hinzugefügt wird, spiegelt sich die labile konjunkturelle Situation in den Vereinigten Staaten. Welche der Kräfte, die kontraktiven oder die expansiven, sich endgültig durchsetzen werden, wird weitgehend davon abhängen, wie die Wirtschaft auf die gegenwärtig erhöhte Sparneigung der privaten Haushalte in ihren Investitionsdispositionen reagieren wird. Ein allgemeiner Lagerabbau (d. h. mehr als ein Abbau der in Erwartung des Streiks angesammelten Stahlvorräte) könnte kontraktive Kräfte mit der Gefahr kumulativer Auswirkung, etwa durch ein Übergreifen auf die Anlageinvestitionen, hervorrufen, die entschiedene staatliche Stützungsmaßnahmen erforderlich machen könnten. Wenn aber die Wirtschaft weder zu einem allgemeinen Lagerabbau noch zu einer Streckung der Investitionspläne schreitet, weil sie etwa die gegenwärtige Nachfragedämpfung nur als vorübergehend ansieht, so bilden die hohen Lohn- und Gehaltseinkommen eine günstige Basis für erneut wachsende Verbraucherausgaben insbesondere für langlebige Güter. Jedenfalls wird die Entwicklung der Ausgaben der Öffentlichen Hand zur Einkommensbildung mehr als bisher beitragen.

Ob aber bei einem erneuten Wirksamwerden von Auftriebskräften die ohnehin noch immer gefährdete Preisstabilität gewährleistet wäre, erscheint zumindest zweifelhaft. Da es fraglich ist, ob man in den Vereinigten Staaten von Amerika heute bereit ist, für einen unverzüglichen weiteren Aufschwung eine auch nur geringfügige Geldentwertung hinzunehmen, so muß damit gerechnet werden, daß Stagnation oder leichte konjunkturelle Abschwächung länger zugelassen werden, als noch bis vor kurzem in einem Wahljahr möglich schien.

In Westeuropa (ohne Bundesrepublik Deutschland) hat sich das Tempo der wirtschaftlichen Expansion in den letzten Monaten erheblich verlangsamt. Verhältnismäßig stark ist das reale wirtschaftliche Wachstum nur noch in Frankreich und Italien, sehr viel schwächer hingegen in Belgien, den Niederlanden und der Schweiz. In den skandinavischen Ländern hat es ganz aufgehört. In Großbritannien hat das Sozialprodukt real sogar etwas abgenommen.

Die Verlangsamung des Wachstums in den westeuropäischen Volkswirtschaften erklärt sich pri-

mär aus der weitgehenden Ausschöpfung des durch das Arbeitspotential gegebenen Expansionspielraums. Die vor allem in Italien noch vorhandenen ungenutzten Arbeitskräfte konnten besonders wegen ihrer unzureichenden Mobilität nicht in anderen Ländern in den Produktionsprozeß eingegliedert werden, wenn es auch nicht an Versuchen fehlte, hier Abhilfe zu schaffen. Die Tendenzen zu Preissteigerungen veranlaßten die Regierungen und Zentralbanken zunehmend zu restriktiven Maßnahmen, die zu einer Dämpfung der Gesamtnachfrage führten.

Freilich kommt diese Verlangsamung des realen Wachstums nur teilweise in der nominalen Einkommensentwicklung zum Ausdruck. Die in einzelnen Ländern vorhandene Überbeschäftigung und die sonst bis auf wenige wirtschaftlich nicht so sehr bedeutsame Ausnahmen erreichte Vollbeschäftigung begünstigten weiterhin über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt hinausgehende Lohnhöhungen, deren Abwälzung auf die Preise sich in den meisten Ländern immer noch als möglich erwies.

Die Einkommensentwicklung erlaubte einen weiteren leichten Anstieg des privaten Verbrauchs, zumal sich die Sparneigung angesichts des steigenden Preistrends kaum erhöht haben dürfte. Allerdings machen sich in Großbritannien und in den skandinavischen Ländern die restriktiven Maßnahmen zunehmend bemerkbar, insbesondere auf den Märkten für langlebige Konsumgüter. Bei anhaltend hoher privater Investitionsneigung ging die Nachfrage nach Investitionsgütern in Großbritannien und in einzelnen kontinentaleuropäischen Ländern noch etwas über das Angebot hinaus.

Bei ihren Bemühungen um Anpassung des Nachfragewachstums an das des Angebots bedienten sich die Regierungen sowohl kreditpolitischer als auch finanzpolitischer Maßnahmen. In zahlreichen Ländern wurden zur Einschränkung der monetären Nachfrage die Diskontsätze weiter erhöht und direkte Maßnahmen zur Kreditverknappung ergriffen. Kassenüberschüsse der Öffentlichen Hand, ferner steuerliche Maßnahmen zur Förderung des Sparens und zur Konsumbeschränkung unterstützten diese Politik. Auch war man bestrebt, das Expansionstempo durch Kürzung der öffentlichen Investitionen zu drosseln. Bei ihrem Gewicht kommt diesen Bemühungen besondere Bedeutung zu, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß damit für das weitere wirtschaftliche Wachstum wichtige Vorhaben (Energiewirtschaft, Verkehrswesen und Wohnungsbau) unter Umständen beträchtlich hinausgeschoben werden. Diese Zurückhaltung bei den öffentlichen Investitionen hat zweifellos mit zu der teilweisen Beseitigung des Nachfrageüberhangs beigetragen und in gewissem Umfange die Nachfrage nach Investitionsgütern gedämpft. Trotz weiter lebhafter privater Investitionstätigkeit konnten sich daher auf den Investitionsgütermärkten in zunehmendem Umfange Entspannungstendenzen durchsetzen. So entspricht auf den Stahlmärkten der Montanunion seit einiger Zeit der Ordereingang dem Absatz. In Großbritannien erlaubte die reichlichere Stahlversor-

20. FEB. 1957

gung in den letzten Monaten eine gewisse Aufstockung der Läger. Auch in der Kohlenversorgung scheint sich eine Entlastung anzubahnen. Die Kohleneinfuhr Großbritanniens aus den Vereinigten Staaten ist beträchtlich zurückgegangen.

Vieles spricht dafür, daß sich das reale wirtschaftliche Wachstum in den westeuropäischen Ländern in den nächsten Monaten weiter verlangsamen wird. Die von den im ganzen immer noch leicht ansteigenden privaten Anlageinvestitionen ausgehenden expansiven Wirkungen werden weitgehend durch die Verminderung der öffentlichen Investitionen und der Lagerinvestitionen neutralisiert. Die öffentlichen Haushalte der Überbeschäftigungsländer zielen weiterhin auf Kassenüberschüsse. Auch in den anderen Ländern mit Ausnahme Frankreichs dürften von den öffentlichen Haushalten in den nächsten Monaten eher kontraktive als expansive Effekte ausgehen. Die Entwicklung der Zahlungsbilanzen in den westeuropäischen Ländern bietet ebenfalls, wenn man von der Bundesrepublik absieht, kaum Anhaltspunkte für zusätzliche expansive Effekte.

Trotzdem erscheint im Augenblick die Gewähr für eine dem realen wirtschaftlichen Wachstum entsprechende Entwicklung der monetären Nachfrage noch nicht gegeben. Die Gefahr, daß von neuen Lohnerhöhungen weitere Gleichgewichtsstörungen induziert werden, kann besonders in den Überbeschäftigungsländern noch nicht von der Hand gewiesen werden. Hierfür spricht auch die Tatsache, daß die konjunkturellen Dämpfungsmaßnahmen zwar in einzelnen Ländern das reale Wachstum zum Stillstand brachten, bisher aber die Abwälzung von Lohnerhöhungen auf die Preise nicht in vollem Maße verhindern konnten. Selbst die von einzelnen Ländern versuchte „Objektivierung“ der Lohnpolitik bietet vorerst keine Sicherheit dafür, daß sich die künftigen Lohnerhöhungen im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts halten werden. Bei den zum Teil sehr mechanischen Anpassungsverfahren muß sogar befürchtet werden, daß durch diese Maßnahmen die Preisstabilität zusätzlich gefährdet wird.

Während mit der konjunkturellen Expansion 1955 der Welthandel im Vergleich zum Produktionsvolumen schneller zunahm, hat die starke Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums schon im ersten Vierteljahr 1956 zu einem, wenn auch zunächst nur geringfügigen Rückgang des Welthandelsvolumens geführt. Dabei hat sich der Anteil der Industrieländer am Weltexport weiter erhöht. Einmal intensiviert sich ihr Austausch untereinander noch weiter und zweitens nahmen — offensichtlich noch auf Grund früherer besonders umfangreicher Aufträge — auch ihre Auslieferungen in die Agrar- und Rohstoffländer zunächst noch zu, ihre Bezüge aus diesen Ländern gingen jedoch zurück. Diese Verringerung der Einfuhr erklärte sich daraus, daß bei im ganzen gesehen reichlicher Vorrathaltung und kaum noch steigendem Bedarf entgegen der bisherigen Tendenz der Abbau von Lagern zu überwiegen beginnt. Bei den Industrieländern, die eine Übersteigerung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage und damit einen stärkeren

Preisaufrtrieb vermeiden konnten, haben die Exporte noch beträchtlich zugenommen; dies trifft besonders auf die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland zu. Die starke Exportausweitung der Vereinigten Staaten wurde dabei auch durch die fortschreitende Liberalisierung der westeuropäischen Einfuhr aus dem Dollarraum und durch den Abbau der Lagerbestände an preisgestützten Agrarprodukten mitverursacht. Die erhöhte Agrarausfuhr der Vereinigten Staaten hat zweifellos zu einem nicht unerheblichen Teil zu der ungünstigen Ausfuhrentwicklung der übrigen Agrarüberschußländer beigetragen.

Auf den internationalen Rohstoffmärkten wirkte sich der Stillstand der konjunkturellen Expansion in den meisten Industrieländern vor allem auf die stets besonders konjunkturreagiblen Preise für bestimmte Investitionsgüterrohstoffe (z. B. NE-Metalle und Kautschuk) aus, bei denen die Notierungen schon seit den ersten Monaten des Jahres stark gefallen sind. Auch die Preise für Holz und Häute sind merklich gesunken. Dies gilt zwar noch nicht für die Eisen- und Stahlpreise, die erfahrungsgemäß stets mit einer starken Verzögerung zu reagieren pflegen, doch weist auch die Situation auf dem Eisen- und Stahlmarkt bereits Zeichen einer zunehmenden Entspannung auf; allerdings lassen sich die Auswirkungen des amerikanischen Stahlstreiks noch nicht voraussehen. Bei allen diesen Grundstoffen nimmt das Angebot bei kaum noch erhöhter zum Teil sogar rückläufiger Nachfrage weiter zu.

Im Gegensatz hierzu bewirkte die im ganzen noch ansteigende Verbrauchsgüternachfrage in den ersten Monaten 1956 eine erheblich widerstandsfähigere zum Teil sogar noch festere Haltung der Preise der Konsumgüterrohstoffe sowie der Nahrungs- und Genußmittel. Bei einzelnen pflanzlichen Nahrungsmitteln wie Obst und Gemüse waren hierbei überwiegend wetterbedingte Sonderfaktoren maßgebend. Bei zu erwartenden günstigeren Ernten setzt sich jedoch der dem ganzen Agrarsektor seit Jahren innewohnende Preisdruck wieder allgemein durch. Eine Ausnahme machen allein die Genußmittel- und Fleischpreise. Die Ausfuhrerlöse der Agrar- und Rohstoffländer und damit auch ihre Einfuhrmöglichkeit für Industrieerzeugnisse werden dadurch weiter beeinträchtigt werden.

Das Preisgefälle zwischen den einzelnen Industrieländern und die unterschiedliche Nachfrageintensität nach Industrierohstoffen und Agrarprodukten haben weitere Störungen der Zahlungsbilanzgleichgewichte bedingt. Diese wurden teilweise durch amerikanische Auslandshilfe und durch überwiegend kurzfristige Kreditgewährung überdeckt; sie zwangen in vielen Fällen jedoch zu verschärften Importrestriktionen.

Die Erlahmung der realen Expansion in den führenden Industrieländern droht die schon bestehenden Ungleichgewichte — unmittelbar oder mittelbar — zu verschärfen. Der verringerte Einfuhrbedarf an Rohstoffen und die dadurch bedingte sinkende Preistendenz an den Weltrohstoffmärkten führen zu verminderten Devisen-

anfällen bei den Rohstoffexportländern. Hierdurch wird die Aufnahmefähigkeit dieser Länder für Fertigerzeugnisse aus den Industrieländern herabgemindert, sofern ihnen nicht erhöhte Kredite eingeräumt werden. Die Frage der Anpassung des Kapitalexportes der Industrieländer an die Bedürfnisse der Entwicklungsländer gewinnt unter diesem Aspekt verstärkte Bedeutung.

Bei der nach wie vor regen Investitionstätigkeit in den meisten europäischen und außereuropäischen Ländern, die noch immer, wenn auch von unterschiedlich starken Preisauftriebenden begleitet ist, ist mindestens vorderhand noch eine große Nachfrage nach Investitionsgütern zu erwarten. Jedoch werden bei der verschärften Konkurrenz der Industrieländer untereinander vor allem die Volkswirtschaften einen schweren Stand haben, deren Preisniveau im Vergleich zu dem ihrer Konkurrenzländer überhöht ist. Vor allem für Großbritannien könnten sich u. U. erhebliche Schwierigkeiten ergeben, wenn gleichzeitig die Preisgestaltung für Fertigwaren die Ausfuhr des Mutterlandes beeinträchtigen und ein Preisrückgang der Sterlingrohstoffe die Ausfuhrerlöse des äußeren Sterlinggebietes schmälern sollten.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

In Westdeutschland ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, daß sich das Wachstum allgemein verlangsamt, und daß die Spannungen zwischen Nachfrage und Angebot auf den Gütermärkten im ganzen kaum mehr zunehmen, in einzelnen Bereichen sogar abklingen. Dagegen hat sich das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Lohn- und Gehaltssätze und der Arbeitsproduktivität, d. h. der Zunahme des Realwertes des Bruttosozialprodukts je abhängig Beschäftigten, vergrößert. Der dieser Spannung an sich entsprechende Preisauftrieb hat sich jedoch nicht in vollem Maße durchgesetzt.

Die jüngste Entwicklung

Der Nominalwert des Bruttosozialprodukts lag in der ersten Hälfte dieses Jahres um schätzungsweise 11 vH über dem im ersten Halbjahr 1955; in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres war die Wachstumsrate höher (13 vH). Noch stärker verlangsamte sich das reale Wachstum des Sozialprodukts (Wachstumsrate im ersten Halbjahr 7 bis 8 vH gegenüber reichlich 10 vH im zweiten Halbjahr 1955). In diesem Unterschied zwischen Nominal- und Realentwicklung kommt die Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus zum Ausdruck; im ersten Halbjahr 1956 lag es um mehr als 3 vH, im zweiten Halbjahr 1955 um gut 2 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand.

Die Zahl der abhängig Beschäftigten ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit einer Wachstumsrate von 5,5 vH noch stark gestiegen, wenn auch etwas schwächer als in der zweiten Hälfte 1955 (+ 6 vH). Der Zuwachs der Arbeits-

einkommen hätte sich somit etwas verlangsamt, wenn nicht — mindestens bis zum ersten Viertel dieses Jahres — die Zunahme der Lohn- und Gehaltssätze größer geworden wäre. Es liegt nahe, hieraus den Schluß zu ziehen, daß sich die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt verstärkten. Ob dies tatsächlich der Fall war, ist schwer zu beurteilen, da die Dringlichkeit des Arbeitskräftebedarfs sowohl regional als auch fachlich größere Unterschiede aufweist als im vorigen Jahr.

Die Steuerbelastung der Arbeitseinkommen hat bis zuletzt zugenommen. Da die Sozialeinkommen weniger stark gestiegen sind als die Netto-Arbeitseinkommen, ergab sich eine Zuwachsrate der Masseneinkommen, die mit 11 vH etwas unter der vom zweiten Halbjahr 1955 lag.

Die Nachfrage nach Verbrauchsgütern erhöhte sich bei weiterhin abnehmender Sparquote noch stärker. Es ist dagegen anzunehmen, daß die Entnahmen der Selbständigen, deren Einkommen aus noch darzustellenden Gründen nur noch verlangsamt zunahm, zu dieser Ausweitung des privaten Verbrauchs nicht beitrugen. Die Ausweitung der Konsumentenausgaben hat sich infolge nachlassender Vergrößerung der Beschäftigtenzahl und der individuellen Arbeitseinkommen seit dem Frühjahr etwas abgeschwächt. Hieraus zu folgern, daß die Spannungen auf den Verbrauchsgütermärkten nachlassen, was anzunehmen auf Grund des Preisverlaufs naheliegt, wäre vorzeitig.

Mehr noch und früher als der Anstieg des privaten Verbrauchs hat sich der der Ausstattungsinvestitionen verlangsamt; die Wachstumsrate ist von 23 vH im zweiten Halbjahr auf 15 vH im ersten Halbjahr 1956 gesunken. Die Bestelltätigkeit der Investoren blieb bisher recht lebhaft; ihre Investitionsgüteraufträge nahmen seit Beginn dieses Jahres aber nur noch abgeschwächt zu. Vielleicht kommt in dieser Verzögerung die Wirkung der restriktiven Kreditpolitik zum Ausdruck, die die Lagerinvestitionen bereits erkennbar hemmte. Möglicherweise ist aber auch die Investitionsneigung, unabhängig von Verfügbarkeit über Finanzierungsmittel und deren Kosten, etwas schwächer geworden. Die im Frühjahr im Inlandsgeschäft saisonübliche Annäherung von Auftragseingang und Umsätzen kann jedenfalls allein nicht erklären, daß in den Monaten März bis Mai dieses Jahres der Auftragseingang kaum mehr über den Umsätzen lag; im Mai unterschritt der Auftragseingang die Auslieferungen, wenn auch nur geringfügig. Damit wird deutlich, daß die Spannungen, die in dem noch ungewöhnlich hohen Auftragsbestand zum Ausdruck kommen, erstmals etwas nachließen. Diese Entwicklung zeichnet sich besonders deutlich im Maschinenbau ab.

Demgegenüber hat die stetig wachsende Bestelltätigkeit des Auslands den gesamten Auftragsbestand der Investitionsgüterindustrien bis zum April noch leicht zunehmen lassen. Im Mai reichten allerdings auch die Exportorders nicht mehr dazu aus, den Auftragsbestand voll aufrecht zu erhalten.

Auch auf dem Stahlmarkt haben die Spannungen im Verhältnis zwischen Angebot und Nach-

frage seit einigen Monaten merklich nachgelassen. Die Mäßigung im Nachfragetempo kommt sowohl in den Bestellungen der inländischen Stahlverbraucher bei den Walzwerken als vor allem auch in dem kräftigen Rückgang der Importe zum Ausdruck, der trotz verlangsamer Zunahme der Stahlproduktion seit Jahresbeginn zu beobachten ist. Auch nehmen die westdeutschen Stahlerzeuger nunmehr wieder in stärkerem Umfang Aufträge aus dem Ausland herein.

Während die Bauinvestitionen im ersten Viertel dieses Jahres unter dem Druck großer Bauüberhänge ungewöhnlich forciert wurden, verlangsamte sich im zweiten Quartal ihre Ausweitung beträchtlich. Dem Volumen nach lagen die Genehmigungen für alle Bauten in den Monaten Januar bis April um rd. ein Zehntel über dem entsprechenden Vorjahresumfang; die Zahl der zum Neubau genehmigten Wohnungen ging dagegen um 4 vH zurück. Auch die Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau schwächten sich in der Vergleichszeit ab.

Wie neuerdings auch die Ausweitung der Bautätigkeit, so flachte sich schon seit Jahresbeginn der gesamtwirtschaftliche und industrielle Produktionsanstieg erheblich ab. Dies lag vor allem daran, daß sich die Produktivitätsfortschritte, insbesondere in der Investitionsgüterindustrie, verminderten. In der gesamten Industrie (ohne Bau) erhöhte sich die Produktion in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr nur noch um rd. 10 vH; im zweiten Halbjahr 1955 hatte die Wachstumsrate noch 15 vH betragen. Dabei ging — im Jahresvergleich — der Produktivitätszuwachs in dem genannten Zeitraum von gut 5 vH auf etwas mehr als 3 vH zurück.

Demgegenüber vergrößerte sich die Zuwachsrate des Durchschnittslohnes je Arbeiterstunde in der Industrie beträchtlich; sie betrug im ersten Quartal 1956 nicht weniger als 10 vH gegenüber 7 vH im zweiten Halbjahr 1955. Seit April hat sie sich vermutlich der in der zweiten Vorjahreshälfte erreichten Höhe wieder genähert.

Unter der Vielzahl der Ursachen, die den Zuwachs der Arbeitsproduktivität zurückgehen ließen, wird besonders der Wandel im Grad der Kapazitätsausnutzung von Belang gewesen sein. Schon im Laufe des Jahres 1955 konnte die industrielle Erzeugung nicht mehr durch verstärkte Auslastung der Kapazitäten erhöht werden. Diese schwächte sich insgesamt sogar geringfügig ab, da es vielen Unternehmern ratsam erschien, ihre Erzeugungsanlagen nicht längerhin übermäßig in Anspruch zu nehmen.

Wenn — wie schon erwähnt — der Anstieg der Lohnkosten je Produktionseinheit im Preisverlauf der letzten Zeit nicht voll zum Ausdruck kam, so muß sich der Anteil der Arbeitseinkommen an der gesamten Einkommensbildung vergrößert haben. Tatsächlich wurde der Zuwachs der Selbständigeneinkommen bis zum Frühjahrsbeginn geringer. Diese Entwicklung ist aber nicht nur auf die Erhöhung der Lohn- und Gehaltssätze zurückzuführen, sondern auch darauf, daß die Öffentliche Hand im vergangenen Winterhalbjahr

einen wachsenden Anteil der Geldvermögensbildung auf sich zog.

Verstärkter Anlaß zu Preiserhöhungen lag dort vor, wo die Produktivitätsfortschritte besonders gering blieben, sich jedoch ähnlich große Lohnforderungen durchsetzen ließen wie im industriellen Bereich. Kräftiger als in der Industrie wurden die Lohnkostensteigerungen — soweit es sich nicht um Güter handelte, deren Nachfrage besonders elastisch ist — in der Landwirtschaft, im Handwerk und vielfach auch im Handel überwälzt. Alles in allem schwächte sich der Preisanstieg im zweiten Jahresviertel etwas ab; er verlagerte sich aber unter dem Einfluß sinkender Preise für einzelne industrielle Rohstoffe auf den Weltmärkten von den Grundstoff- und Investitionsgüterbereichen auf die Konsumgütermärkte. Die im Vergleich zum Vorjahr beträchtliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten (Mai + 3,6 vH) ist neben der Mietenerhöhung vom Herbst 1955 zwar hauptsächlich auf die Verteuerung der Nahrungsmittel zurückzuführen, aber auch die Preise der industriell erzeugten Verbrauchsgüter sind merklich gestiegen.

Mit dem heimischen Preisniveau haben sich auch die Ausführpreise erhöht. Die Durchschnittspreise der Exporte lagen in den Monaten Januar bis Mai um 4 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand. Auch dies hat nicht verhindert, daß Westdeutschland immer noch zu den Ländern mit den stärksten Exportfortschritten zählt. Die Ausfuhr trug nun mit einem gegenüber der Investition erhöhten Anteil besonders kräftig zur gesamtwirtschaftlichen Expansion bei. Bei einer Zuwachsrate der Exporte von 16 vH vergrößerte sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres auch ihr Anteil am Sozialprodukt. Die Ausfuhr überstieg die Einfuhr in verstärktem Umfang, so daß die Ausfuhrüberschüsse beschleunigt zunahm. Diese Entwicklung war teilweise die Folge einer Verlangsamung des Anstiegs der Einfuhr. Soweit sie über das Nachlassen im Wachstumstempo der inländischen Produktion hinausging, wurde sie durch tatsächliche und erwartete Preisrückgänge auf den Weltmärkten verursacht. Darüber hinaus war sie teilweise durch eine verstärkte Lieferfähigkeit der heimischen Industrie bedingt.

Die Aktivierung der Devisenbilanz, die sich hieraus ergab, wurde durch Kreditaufnahme im Ausland und DM-Käufe durch Ausländer immer mehr verstärkt. Die hohen Devisenüberschüsse von reichlich 1,5 Mrd. DM im zweiten Viertel dieses Jahres trugen nicht nur zur Anreicherung der Geldversorgung der Wirtschaft, sondern auch zur Liquiditätsverbesserung der Geschäftsbanken bei. Dieser — durch eine erhebliche Verringerung der Rücklagenbildung des Bundes bei der BdL unterstützte — Vorgang wirkt an sich den restriktiven Maßnahmen, die die Kreditpolitik zur Stabilisierung des Preisverlaufs ergriffen hatte, entgegen. Obwohl der Zentralbankrat mit Wirkung vom 19. Mai die Rediskontkontingente der Geschäftsbanken erneut einengte, indem er nun auch Auslandswechsel und -schecks in die Kontingente einbezog, vergrößerte sich das Kreditpotential der Banken aufs neue. Ihre Verschuldung im Zentralbanksystem ging zurück, und der Satz für Tagesgeld unterschritt in der Regel den

von 4,5 auf 5,5 % erhöhten Diskontsatz. Mit der durch die Diskontheraufsetzung entstandenen Verteuerung des kurzfristigen Bankkredits ging ein weiterer Anstieg der Kapitalzinsen einher. Diese liegen jetzt um etwa 1 bis 2 % über dem vor Jahresfrist üblichen Niveau.

Die Erhöhung der Kapitalzinsen und die Einengung der längerfristigen Kreditgewährung der Banken hängen allerdings nicht allein mit der restriktiven Kreditpolitik zusammen. Denn einmal hatte der Zentralbankrat den Liquiditätsabfluß der Banken insofern nicht selbst verursacht, als dieser durch wachsende Kassenrücklagen des Bundes bei der BdL zustande gekommen war. Zum anderen verhinderte auch die bei steigenden Preisen nachlassende Spartätigkeit eine gleichbleibende Zunahme der längerfristigen Kreditgewährung. Freilich war es an erster Stelle der weitgehende Ausfall der Banken als Wertpapierkäufer, der die Kurse der Rentenwerte sinken ließ und den Absatz neu emittierter Wertpapiere trotz besserer Ausstattung erheblich erschwerte.

Bisher liegen keine Anzeichen dafür vor, daß die Geschäftsbanken über die nach wie vor kräftige Ausweitung ihres kurzfristigen Kreditvolumens hinaus auch die Wertpapierkäufe wieder aktivieren. Dieses und eine neue Beschleunigung ihrer längerfristigen Kreditgewährung sind so lange nicht zu erwarten, wie sich die Geldkapitalbildung bei den Banken einschließlich des Erwerbs von Bankschuldverschreibungen durch die Bankenkundschaft nicht belebt. Es bestehen wenig Aussichten dafür, daß sich die Möglichkeiten der Fremdfinanzierung von Investitionen in absehbarer Zukunft verbessern.

Soweit die reale Expansion der westdeutschen Wirtschaft von den verfügbaren Arbeitskräften und der Leistungssteigerung aller Produktionsfaktoren abhängt, ist in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit einer Ausweitung des Produktionspotentials zu rechnen, das einer Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von etwa 6 bis 7 vH entspricht. Diese Schätzung beruht auf der Ansicht, daß Wachstumsraten der Beschäftigtenzahl von 3,5 bis 4 vH und der Arbeitsproduktivität von 2,5 bis 3 vH erreichbar sind.

Gesichtspunkte der Konjunkturpolitik

Für die Konjunkturpolitik in Westdeutschland ergibt sich gegenwärtig folgende grundsätzliche Aufgabenstellung: es gilt Maßnahmen zu ergreifen, die die Gefahr weiterer Preissteigerungen beseitigen, ohne die Vollbeschäftigung zu gefährden, um damit ein stetiges optimales Wachstum zu sichern. Denn es kann in der gegenwärtigen Situation nicht erwartet werden, daß sich ein dynamisches Gleichgewicht, das diesen Forderungen gerecht wird, automatisch einstellt.

Es ist deshalb der Auffassung entgegenzutreten, die behauptet, es sei nicht möglich, gleichzeitig Preisstabilität und ein starkes stetiges Wachstum zu sichern. Vor allem ist die These abzulehnen, Vollbeschäftigung lasse sich nur auf dem Wege einer kontinuierlichen leichten Preissteigerung aufrechterhalten, d. h. nur unter Preisgabe des Grundsatzes der Geldwertstabilität.

Die Nachkriegserfahrungen in den sogenannten Vollbeschäftigungsländern besagen keineswegs, daß die Lösung dieses Problems mit adäquaten konjunkturpolitischen Mitteln unmöglich ist. Zwar mag bei einer Einkommensbildung, die Preissteigerungen auslöst, vorübergehend ein rascheres Wachstum des realen Sozialprodukts erzielt werden als ohne diese Anreize; aber eine kontinuierliche inflatorische Entwicklung selbst noch so geringen Ausmaßes hat nicht nur unerwünschte Folgen für die Vermögensbildung und die Einkommensverteilung, sie trägt auch die Tendenz zu partiellen Disproportionalitäten in sich, die die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Wachstums gefährden. Eine Forcierung des nominalen Wachstums begegnet in der Vollbeschäftigungssituation zwangsläufig einer erheblich geringeren Elastizität der realen Produktionsfaktoren als in Zeiten der Unterbeschäftigung. Schließlich ist noch darauf zu verweisen, daß eine inflatorische Entwicklung stets die Gefahr in sich birgt, in einen kumulativen Prozeß auszuarten, der nur durch Eingriffe gebremst werden könnte, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Beschäftigungseinbußen mit sich brächten und damit das Wachstum des realen Sozialprodukts unterbrächen.

Zur Erreichung und Aufrechterhaltung des dynamischen Gleichgewichts bieten sich grundsätzlich Kredit-, Zahlungsbilanz- und eine konjunkturpolitisch ausgerichtete Finanzpolitik (fiscal policy) an. Die der Konjunkturpolitik gegenwärtig gestellten Aufgaben können mit einem dieser Mittel allein nicht gelöst werden. So würde eine auf sich allein gestellte Kreditpolitik, die ein konjunkturpolitisches Instrument von zentraler Bedeutung bleiben muß, dazu nicht in der Lage sein. Sie bedarf der Ergänzung durch andere Instrumente, die gerade dort wirksam sind, wo die Kreditpolitik versagt.

Vor allem kommt es heute darauf an, die Quellen der Ausweitung des monetären Spielraums zum Versiegen zu bringen, die nicht dem unmittelbaren Einfluß der Notenbank unterliegen. Die expansiven Wirkungen der hohen Aktivsalden der westdeutschen Zahlungsbilanz auf den inneren Geldkreislauf kann die restriktive Kreditpolitik zwar in gewissem Umfang paralisieren. Sie kann jedoch die weitere Entstehung solcher Überschüsse nicht verhindern. Im Gegenteil: sie wird u. U. diese Aktivierungstendenzen noch verstärken, wenn sie die Nachfrage nach Einfuhrwaren drosselt und bei einem Nachlassen des Inlandgeschäftes die Exporte forciert, so daß sich allein aus der wachsenden Überschufbildung im Außenhandel zusätzliche expansive Einflüsse ergäben. Gleichzeitig kann eine Politik der Zinsverteuerung weiterhin dazu führen, daß durch das auf diese Weise entstehende Zinsgefälle gegenüber dem Ausland ausländische Geldkapitalien einströmen, die Kreditaufnahme im Ausland sich verstärkt und sich damit die Liquidität der Banken und der Wirtschaft erhöht.

Administrative und gesetzliche Maßnahmen, die die Einfuhr begünstigen und vor allem wegen ihrer Wirkung auf das innere Preisniveau erwünscht sind, reichen unter den gegebenen Um-

ständen für sich allein gleichfalls nicht aus, die Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen.

Als letzte Konsequenz bietet sich daher — bei einer nur ökonomischen Betrachtung, also unabhängig von der Frage, ob ein solcher Schritt politisch durchzusetzen ist — die Lösung des Problems durch eine Aufwertung der D-Mark an. Hiergegen wird vielfach eingewandt, auch eine Aufwertung bringe nur vorübergehend einen Ausgleich der Zahlungsbilanz mit sich, da sich über kurz oder lang (auch bei neuem Wechselkurs) wieder ein Preisgefälle herausbilde, das den deutschen Export begünstige. Dieser Einwand gilt jedoch nur, solange inflatorische Tendenzen im Ausland anhalten. Er verliert an Gewicht, je mehr sich auch in den Partner- und Konkurrenzländern die Politik der Geldwertstabilität durchsetzt.

Die Alternative zu einer Aufwertung der D-Mark, die gelegentlich vorgeschlagen wird: das Preisniveau im Innern so lange steigen zu lassen, bis sich über den Mechanismus der Preise ein Ausgleich der Devisenbilanz ergibt, würde bedeuten, den Grundsatz der Geldwertstabilität wenigstens vorübergehend aufzugeben. Selbst wenn man einen solchen Weg beschreiten wollte, bleibt fraglich, ob eine Inflationierung des Preisniveaus sich so lenken läßt, daß eine Ausartung in einen kumulativen Prozeß rechtzeitig verhindert werden kann.

Ebenso notwendig wie eine Bereinigung des Problems der Devisenüberschüsse wäre in der gegenwärtigen Situation die Ergänzung der Kreditpolitik durch eine konjunkturpolitisch orientierte Finanzpolitik. In einer Zeit, in der das Tempo der nominalen Expansion über das reale Wachstum hinausgeht, dürfte sie unter keinen Umständen durch Steuersenkung und Ausgaben-erhöhung den monetären Spielraum der Wirtschaft erweitern, d. h. gerade jene Effekte erzielen, die nur in Zeiten unzureichenden Wachstums angebracht sind. Eine konjunkturpolitische Orientierung der Finanzpolitik, die in vielen westlichen Ländern der Welt praktiziert oder zumindest angestrebt wird, ist denn auch vom fiskalischen Standpunkt aus nicht anzugreifen, wenn sie konsequent in allen Phasen angewandt wird, so daß auf Perioden der Verschuldung des Staates solche der Überschubbildung und damit der Entschuldung folgen.

Auch wenn es gelingt, den monetären Spielraum den realen Expansionsmöglichkeiten anzupassen, bleibt eine Lohnpolitik erforderlich, die die Lohnerhöhungen an der durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Wachstumsrate der Produktionsleistung je Beschäftigten orientiert. Zwar mag gerade die Vollbeschäftigung den Arbeitnehmern besonderen Anlaß für eine Politik der Erhöhung ihres Anteils am Sozialprodukt bieten; diese Politik muß aber notwendig in einer solchen Situation und bei einer an Geldwertstabilität ausgerichteten Kreditpolitik dort eine Grenze finden, wo die Investitionsneigung der Unternehmer in solchem Maße beeinträchtigt wird, daß das stetige optimale Wachstum verhindert wird und Beschäftigungseinbußen erzwungen werden.

Die gegenwärtigen Möglichkeiten der Konjunkturpolitik

In Wirklichkeit ist in den kommenden Monaten nicht damit zu rechnen, daß eine optimale Kombination der konjunkturpolitischen Instrumente möglich sein wird.

So ist vor allem zu erwarten, daß die abnorme Situation bestehen bleibt, die innere Expansion bei anhaltendem Devisenzufluß dämpfen zu müssen. Mag die Höhe des laufenden Devisenzuganges auch unsicher sein, so wird man doch zunächst wohl mit einem Zugang von einigen hundert Millionen DM je Monat rechnen müssen, einem Betrag also, der die Kreditpolitik zweifellos vor schwierige Aufgaben stellen wird, wenn der liquidisierende Effekt dieses Zugangs wirklich kompensiert werden soll.

Als zweites Datum, das die konjunkturpolitische Handlungsfreiheit bedenklich einengt, hat die Aussicht zu gelten, daß unabwendbare Ausgaben-erhöhungen der Öffentlichen Haushalte und Steuersenkungen sich unter politischen Gesichtspunkten durchsetzen werden.

Der Saldo der Entwicklung der Nettodevisenverkäufe des Zentralbankensystems und der Fondsbildung des Bundes im Zentralbankensystem wirkt heute schon auf den monetären Kreislauf nicht mehr ausgleichend und dämpfend, sondern eindeutig expansiv. Dieser Effekt wird noch dadurch verstärkt, daß Länder und Gemeinden und neuerdings auch der Lastenausgleichsfonds Kassendefizite aufweisen.

Im Schatten dieses Wandels steht das zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung vom 22. Juni 1956. Es verzichtet weitgehend oder ganz auf die Anwendung der beiden wichtigen Mittel zur Bekämpfung des Preisauflaufs, auf die Anwendung der Zahlungsbilanzpolitik und auf die Anwendung der Finanzpolitik. So ist an eine Aufwertung „keineswegs gedacht“, wenn auch eine internationale Währungskonferenz zur „Entzerrung der Kursrelationen“ vorgeschlagen wird. Bezüglich der Haushaltspolitik verlangt zwar das Konjunkturprogramm, daß „die Entstehung eines Kassendefizits unbedingt verhindert werden muß, weil ein solches Defizit die Gefahr eines neuen expansiven Effektes heraufbeschwören würde, der dann nur mit weiteren und noch schärferen Maßnahmen begegnet werden könnte“. Aber selbst wenn „die schwere Aufgabe, das Gleichgewicht des Bundeshaushaltes herzustellen und mit allen Mitteln zu sichern“, in diesem Sinne gelingen sollte, bleibt zu bedenken, daß auch schon die Bewegung von der kassenmäßigen Überschubsituation zur Ausgleichslage einen Expansioneffekt hat, und daß in der konjunkturpolitischen Wirkung fiktive Kasseneinnahmen, etwa aus Auflösung von Kassenreserven (Juliusturm), genau so wirken wie Kreditschöpfung.

Im Hinblick auf die Möglichkeiten, die der konjunkturrellen Entwicklung z. Z. innewohnen, sind die speziellen, im Konjunkturprogramm der Regierung vorgesehenen Maßnahmen zwar richtig, aber aller Voraussicht nach unzureichend. Dies gilt um so mehr, als ihre programmgemäße und rechtzeitige Durchführung zum großen Teil un-

sicher und zweifelhaft ist. Der Effekt der Zollsenkung z. B. kann nicht erheblich sein. Zweifelhaft ist ferner, ob die Absicht verwirklicht werden kann, die öffentlichen Investitionen zu dämpfen und gleichzeitig eine Umgruppierung der Investitionen in der privaten Wirtschaft auf die produktivsten Investitionen hin sozusagen im Wege der „Selbstverwaltung“ anzuregen. Das gleiche gilt für die Anregung, die Aushandlung der Lohnfestsetzung stärker als bisher am Produktivitätsfortschritt zu orientieren. Die unmittelbar von der Regierung zu ergreifenden sowie von ihr unmittelbar beeinflussbaren Maßnahmen, die das Programm vorsieht, stellen offenbar das Maximum dessen dar, was im Hinblick auf die bestehenden politischen und institutionellen Widerstände als erzielbar zu betrachten ist, aber gleichzeitig das Minimum dessen, was angesichts der gestellten konjunkturpolitischen Aufgabe von der Sache her im Augenblick geboten erscheint. Gerade aus diesem Grunde ist es wichtig, daß in diesem Programm die Wirtschaftenden erneut zu einem konjunkturrechtlichen Verhalten aufgefordert werden.

Der Tenor des Regierungsprogramms ist daher die Bestätigung der Tatsache, daß der Kreditpolitik, also der Zentralbank, die überschwere Last aufgebürdet bleibt, diese Situation fast allein mit ihren Mitteln zu bewältigen. Es ist freilich schwer abzuschätzen, an welchem Punkt der Entwicklung sie überfordert werden könnte. Durch die ungleichmäßigen Wirkungen, die von den kreditären Restriktionen auf die Investitionen ausgehen, könnten — sonst vermeidbare — größere Schäden entstehen. Auch ist eine solche Bremspolitik mit nur einem der verfügbaren konjunkturpolitischen Hauptmittel immer schwieriger durchzuhalten, wenn die beiden anderen ungenutzt bleiben oder sogar auf „Gegenkurs“ gebracht werden.

Zusammenfassung

Die westdeutsche Wirtschaft steht Mitte 1956 am Beginn einer Periode, in der die Gefahr besteht, daß unter der Wirkung einer zur Zeit hoch aktiven Außenwirtschaftsbilanz und des Übergangs von der Überschussituation in die Defizitwirtschaft im Kassen-Gebaren des Bundes die schon 1955 klar erkennbare Steigerung der Preise ihr Tempo erheblich beschleunigt.

Diese Periode beginnt allerdings in einer Zeit sehr gedämpfter internationaler Konjunktur. Gleichzeitig haben auch auf dem Binnenmarkt die Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage nachgelassen. Da gegenwärtig in Westdeutschland die Bereitstellung längerfristiger Finanzierungsmittel auf zunehmende Schwierigkeiten stößt, obwohl sich das Wachstum der Investitionen stark verlangsamt hat, ist zweifellos die Reaktionsbereitschaft der Wirtschaft auf weitere kreditpolitische Restriktionen, die etwa infolge hoher Devisenzuflüsse geldmarktpolitisch ins Auge gefaßt werden könnten, beträchtlich gewachsen.

Andererseits wird der Einsatz der kreditpolitischen Mittel in dem Maße schwieriger, in dem die expansiven Einflüsse der Außenwirtschaft und der öffentlichen Kassen die Geldmenge und die Liquidität der Kreditinstitute vergrößern. Hierdurch verringern sich die Chancen, von der Geldseite her den Preisauftrieb zu beseitigen.

Die Situation erfordert also höchste und dauernde Wachsamkeit, da sie die Möglichkeiten eines raschen Wechsels der Gesamttendenz — von anhaltender Spannung zwischen überhöhter monetärer Nachfrage und realem Wachstum in die umgekehrte Situation und wieder zurück in gesteigerte monetäre Übernachfrage — in sich birgt. Wenn zwar noch nicht zu übersehen ist, wann und wieviel zusätzliche Nachfrage von den öffentlichen Kassen ausgehen wird (Ungewißheit über endgültige Gestaltung und Terminisierung der Steuer senkung, über Größe und zeitlichen Ablauf der Rüstungsausgaben u. a. m.), so ist es doch sicher, daß im Laufe der Zeit von dieser Seite her ein ungewöhnlicher Nachfragezuwachs gesamtwirtschaftlich zu bewältigen sein wird. Die Situation könnte allerdings durch einen ins Gewicht fallenden Wandel der außenwirtschaftlichen Bilanz erleichtert werden.

Für die nächste Zukunft gilt zwar, daß durch eine zu starke Reaktion der Kreditpolitik auf die Verflüssigung im Bankenapparat partielle Abschwächungstendenzen sich vertiefen oder weiter um sich greifen könnten.

Die dominierende Aufgabe der Wirtschaftspolitik bleibt aber, trotz der gewaltigen Steigerung der Nachfrage durch die Rüstung und die Sozialreform unter den gegebenen Erschwernissen das Preisniveau stabil zu erhalten.

Der nächste Wochenbericht erscheint Freitag, den 27. Juli 1956.



Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1955										1956						
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan	Febr.	März	April	Mai		
Anzahl der Werktage:			27	24	24	24,2	26	26,9	26	26	24,4	26	25,7	25	26	24	23,2		
Kredite an Nichtbanken																			
Zentralbanksystem	BRD	Mill. DM	E	802	567	602	687	612	683	646	639	761	1004	614	803	710	839	832	
Kreditbanken	"	"	"	22173	22316	22559	22962	23135	23280	23785	23774	23948	24800	25099	25253	25595	25916	.	
an Wirtschaft u. Private	"	"	"	19735	19806	19905	20336	20358	20455	20871	21059	21971	21929	22289	22619	22809	22809	.	
kurzfristige Kredite	"	vH	"	77,6	77,5	77,2	77,5	77,1	77,0	77,2	77,0	76,9	76,8	75,6	75,6	75,4	75,5	.	
dar. Wechselkredite	"	"	"	37,0	36,9	36,7	36,6	36,9	37,1	37,3	37,3	37,4	39,9	37,5	37,1	37,4	37,5	.	
mittelfristige Kredite	"	"	"	5,9	5,9	6,1	5,9	5,9	5,8	5,8	5,6	5,6	5,8	6,4	6,6	6,8	6,6	.	
langfristige Kredite	"	"	"	16,5	16,6	16,7	16,6	17,0	17,2	17,0	17,4	17,5	17,4	18,0	17,8	17,8	17,9	.	
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	Mill. DM	"	447,5	483,7	545,2	469,1	471,0	495,9	450,9	486,5	468,4	436,0	640,3	551,6	494,3	505,0	.	
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	"	1990,3	2025,6	2108,8	2157,2	2305,6	2328,6	2382,3	2416,8	2421,3	2392,2	2529,2	2412,8	2482,4	2601,6	.	
Übrige Kreditinstitute¹⁾																			
an Wirtschaft u. Private	"	"	"	42523	43221	44578	45375	46677	47634	48571	49726	50568	51615	52391	53127	53734	54496	.	
kurzfristige Kredite	"	vH	"	32526	33108	33681	34425	35117	35753	36679	37476	38279	39149	39734	40229	40836	41595	.	
dar. Wechselkredite	"	"	"	31,4	31,2	30,6	30,4	29,8	29,1	29,1	28,4	28,2	27,7	27,6	27,6	27,8	27,4	.	
mittelfristige Kredite	"	"	"	12,4	12,4	12,3	12,0	11,7	11,7	11,2	11,0	10,7	11,0	10,8	10,9	11,0	11,1	.	
langfristige Kredite	"	"	"	8,4	8,4	8,5	8,7	8,6	8,7	8,6	8,6	8,5	8,6	8,4	8,2	8,1	8,1	.	
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	Mill. DM	"	6892,9	6914,1	7593,9	7497,9	7843,4	8034,2	7997,0	8285,1	8325,0	8492,9	8678,6	8912,4	8915,8	8948,9	.	
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	"	3103,8	3198,1	3303,5	3451,8	3716,7	3846,0	3894,5	3965,5	3964,5	3982,4	3978,8	3986,4	3982,2	4011,5	.	
Bargeldumlauf und Bank-einlagen																			
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute²⁾																			
Sicht- und Termineinlagen, ges. von Wirtschaft und Privaten	BRD	Mill. DM	E	12879	13103	13026	13211	13467	13294	13798	13642	13759	14088	13744	13860	14556	14295	14490	
Sichteinlagen	"	vH	"	30708	30324	30434	30169	30205	30835	31029	31664	32103	33461	32927	33273	32452	33370	33629	
Termineinlagen	"	"	"	18335	18489	18962	18615	18761	19119	18834	19458	19358	20439	19751	19573	19222	20281	20533	
von deutschen öff. Stellen	"	Mill. DM	"	69,1	68,7	68,4	70,2	70,8	70,9	71,1	71,3	72,0	73,3	71,0	70,3	70,4	69,6	69,6	
Sichteinlagen b. Kreditinst. außerh. d. Zentralbanksyst.)	"	"	"	30,9	31,3	31,6	29,8	29,2	29,1	28,9	28,7	28,0	26,7	29,0	29,7	29,6	30,4	30,4	
Termineinlagen	"	"	"	11863	11321	11086	11195	11107	11391	11902	11930	12485	12757	12920	13144	12986	12860	12910	
Sichteinlagen beim ZBS	"	"	"	17,0	16,5	17,3	18,0	16,6	17,0	16,6	16,1	16,6	18,1	14,9	16,0	17,0	15,5	16,1	
Termineinlagen	"	"	"	42,8	40,1	37,3	37,4	38,8	38,6	42,8	44,3	46,7	48,2	52,9	51,5	54,4	56,1	56,2	
Einlagen alliiierter Dienststellen beim ZBS	"	"	"	40,2	43,4	45,4	44,6	44,6	44,4	40,6	39,6	36,7	33,7	32,2	29,5	28,6	28,4	27,7	
Gegenwertmittel	"	"	"	510	514	386	359	397	324	293	276	260	265	256	256	244	229	186	
Spareinlagen	"	"	"	299	324	292	296	314	293	328	300	263	246	255	228	204	229	232	
Bank deutscher Länder	"	"	"	18089	18391	18665	18926	19117	19394	19648	19948	20127	20668	21187	21625	21814	22009	22144	
Bank deutscher Länder																			
Gold und Devisen, gesamt	BRD	Mill. DM	E	11607,9	11639,2	11829,4	12047,8	12340,2	12321,9	12471,6	12612,0	12775,7	13104,8	13262,9	13468,1	13666,3	13989,4	14487,4	
Gold	"	"	"	2997,5	3033,2	3106,1	3182,4	3258,4	3369,6	3463,4	3566,2	3643,5	3862,0	3991,7	4154,0	4202,0	4337,4	4421,4	
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	"	7715,7	7637,3	7967,6	8162,9	8389,4	8298,6	8440,4	8509,0	8520,6	8559,9	8606,1	8624,6	8758,0	8936,4	9307,9	
Sorten, Wechsel u. Schecks	"	"	"	894,7	968,7	755,7	702,5	692,4	653,7	567,8	536,8	611,6	682,9	665,1	689,5	706,3	715,6	758,1	
Wertpapiermarkt																			
Absatz an festverzinsl. Schuldverschreibungen und Aktien³⁾																			
Pfandbriefe	BRD	Mill. DM	S	287,9	391,3	268,8	688,9	601,0	671,9	411,0	420,8	188,1	286,5	478,8	396,0	386,1	368,1	217,1	
Kommunalobligationen	"	vH	"	3,1	34,2	56,9	20,1	15,6	18,6	33,9	28,4	29,7	45,5	23,5	30,7	34,1	25,3	50,7	
Öffentliche Anleihen	"	"	"	9,8	14,7	20,2	13,7	18,5	21,2	32,4	20,7	9,4	20,6	9,8	15,9	16,4	20,6	14,1	
Industrieobligationen	"	"	"	0,8	1,5	—	—	42,6	38,1	—	1,4	5,3	1,4	35,9	0,5	0,4	0,5	0,8	
Aktien	"	"	"	0,0	0,0	—	8,4	1,0	4,9	0,1	1,7	4,5	14,0	—	—	—	—	—	
Kursdurchschnitt ⁴⁾	"	"	"	78,6	49,2	22,9	34,8	17,4	17,2	32,4	47,1	49,5	17,8	30,8	52,7	49,0	51,9	33,9	
Aktien ⁵⁾	"	31.12.53=100	D	181,0	198,9	200,6	201,5	208,1	213,1	214,8	197,9	190,0	197,5	198,9	193,0	193,2	196,2	189,5	
4%ige RM-Wertpapiere	"	vH	"	89,27	89,32	90,00	91,82	92,33	92,08	91,41	90,63	90,03	90,11	90,08	89,75	89,47	89,30	88,14	
5%ige DM-Pfandbriefe	"	"	"	100,17	100,24	100,60	101,63	102,22	102,23	101,84	101,47	100,88	100,48	100,37	100,17	100,02	99,75	98,44	
5%ige DM-Kommunaloblig.	"	"	"	100,27	100,43	100,51	101,26	101,84	101,90	101,89	101,48	101,01	100,75	100,63	100,10	99,80	99,72	99,41	
5 1/2%ige DM-Pfandbriefe	"	"	"	101,80	101,86	101,87	102,39	102,84	102,88	102,78	102,56	102,18	101,69	101,67	101,67	101,55	101,54	100,79	
8%ige DM-Industrieoblig.	"	"	"	105,00	105,02	106,12	106,80	106,67	105,61	105,00	103,26	102,14	102,13	103,37	102,78	102,67	103,03	101,58	
Finanzen																			
Kassenmäßige Einnahmen aus Steuern d. Bundes u. d. Länder⁶⁾																			
Besitz- und Verkehrssteuern ⁷⁾	BRD	Mill. DM	S	3381,1	2444,7	2644,8	3525,0	2657,3	2842,7	3669,4	2813,5	3011,4	4218,7	3408,4	2820,7	3849,7	2719,2	.	
Lohnsteuer	"	"	"	1947,7	869,7	882,9	1952,4	967,2	923,9	2024,4	877,5	879,8	2309,8	1183,9	932,8	2190,1	938,1	.	
Veranl. Einkommensteuer	"	"	"	271,6	309,1	344,2	341,1	384,7	375,9	377,0	414,9	391,3	547,7	395,5	342,1	372,7	.		
Körperschaftsteuer	"	"	"	782,5	207,1	180,6	730,3	174,1	127,3	704,6	128,6	100,4	742,3	169,2	114,6	763,5	172,1	.	
Umsatzsteuer	"	"	"	555,5	94,1	70,8	542,1	89,5	62,7	597,7	71,0	58,3	721,5	129,5	71,5	688,6	85,2	.	
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	"	760,0	915,8	851,7	875,9	960,1	922,3	924,7	1060,7	975,6	1271,4	883,6	848,9	1021,8	.		
Lastenausgleichsabgaben ⁸⁾	"	"	"	86,7	100,6	355,5	67,4	100,9	338,2	70,3	143,3	447,6	220,2	253,2	405,6	150,3	164,7	.	
Außenhandel⁹⁾																			
Einfuhr, insgesamt	BRD	Mill. DM	S	1997	2021	1914	1947	2111	2035	2136	2188	2144	2468	2162	1788	2172	2283	2234	
Ausfuhr, insgesamt	"	"	"	2221	2013	2165	2013	2159	2003	2121	2317	2296	2721	2143	2044	2346	2691	2495	
Saldo ¹⁰⁾	"	"	"	+ 224	- 8	+ 251	+ 66	+ 48	- 32	- 15	+ 129	+ 151	+ 253	- 19	+ 256	+ 174	+ 408	+ 261	
Einfuhrvolumen ¹¹⁾	"	"	"	1907	1915	1820	1813	1997	1866	1979	2038	2009	23						

Gegenstand	Gebiet ^{*)}	Einheit ^{†)}	1955										1956							
			März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai			
Anzahl der Werktage:			27	24	24	24,2	26	26,9	26	26	24,4	26	25,7	25	26	24	23,2			
Bevölkerung																				
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	71100	.	.	71200	.	.	71300	.	.	71400	.	.	71500	.	.		
" " " " " "	BRD	"	"	49853	49895	49945	49955	50048	50104	50162	50223	50272	50318	50366	50403	50437	50486	.		
" " " " " "	G-B	"	"	3391	.	.	3385	.	.	3386	.	.	3393	.	.	3393	.	.		
" " " " " "	W-B	"	"	2191	2192	2194	2195	2194	2194	2196	2200	2202	2203	2204	2204	2203	2206	2206		
" " " " " "	O-B	"	"	1190	.	.	1190	.	.	1190	.	.	1190	.	.	1190	.	.		
" " " " " "	SBZ	"	"	16835	.	.	16810	.	.	16765	.	.	16710	.	.	16670	.	.		
" " " " " "	Saar	"	"	990	990	991	992	992	993	994	995	996	996	997	997	998	.	.		
Bevölkerungsbewegung																				
Geburten ¹⁾	BRD	auf 1000 Einwohner und 1 Jahr berechnet		17,0	16,3	16,3	16,2	15,3	15,3	15,7	14,8	14,7	14,9	o) 15,7	17,1	o) 17,3	16,9	.		
" " " " " "	W-B	"		8,1	7,9	8,1	7,8	7,7	7,8	7,8	7,5	7,6	6,9	7,5	8,2	8,6	8,2	8,1		
Sterbefälle ²⁾	BRD	"		13,6	11,2	10,4	10,4	9,5	9,4	9,2	9,9	10,7	11,2	11,2	13,2	o) 13,8	12,4	.		
" " " " " "	W-B	"		15,6	14,1	13,4	13,2	12,6	12,9	12,1	13,5	14,8	14,4	15,9	16,7	16,4	14,7	14,5		
Eheschließungen	BRD	"		5,6	9,5	11,7	7,8	10,8	17,2	5,5	8,3	8,0	8,3	4,9	6,2	7,1	8,0	.		
" " " " " "	W-B	"		6,8	8,8	10,4	8,5	10,5	12,9	7,5	8,2	6,5	9,2	4,7	5,9	9,4	7,0	10,0		
Einkommen																				
Bruttosumme der Löhne in der Industrie			BRD	Mill. DM	S	1770,4	1790,1	1830,9	1886,3	1885,5	1953,3	1972,2	1962,4	2056,4	2141,2	2006,3	1914,1	2051,5	2040,4	2187,2
" " " " " "			"	"	"	214,0	216,4	221,3	228,0	227,9	236,1	238,4	237,2	248,6	258,8	242,5	231,4	248,0	246,7	264,4
Gehälter in der Industrie			"	Mill. DM	S	551,3	558,8	564,3	572,4	580,5	580,8	593,9	616,4	693,6	647,8	646,9	648,2	656,8	661,2	661,2
" " " " " "			"	"	"	226,9	230,0	232,2	235,6	238,9	239,0	242,1	244,4	253,7	285,5	266,6	266,2	266,8	270,3	272,1
Eisenbahn																				
Personenverkehr																				
Beförderte Personen	BRD	Mill.	S	110,9	110,6	120,7	104,7	118,5	114,7	117,6	123,6	116,6	119,2	134,1	114,5	121,4	123,4	.		
" " " " " "	"	1950 = 100	"	102	105	111	99	109	105	111	113	110	109	123	112	111	117	.		
Personen-km	"	Mill.	"	2534,0	2699,5	3296,2	3001,8	3792,6	3675,2	3015,8	2962,3	2620,9	2959,8	2845,8	2490,1	2931,0	2748,4	.		
Güterverkehr																				
Wagengestellung, arbeitstgl.	"	1000	TD	59,5	62,3	62,4	62,2	61,7	60,8	63,3	67,1	68,3	64,1	58,8	56,0	63,0	65,9	67,4		
Beförderte Güter ³⁾	"	1000 t	S	23794,1	22071,1	22054,3	22268,8	23650,9	23924,0	24329,8	26953,4	26266,6	25589,5	23758,2	21047,6	25777,3	24571,1	.		
" " " " " "	"	"	"	8209,5	7025,2	7096,6	6884,7	7350,7	7409,9	7379,4	7954,0	7884,7	8128,0	8220,7	7806,0	8437,3	7746,9	.		
" " " " " "	"	"	"	117	122	122	121	120	118	124	137	141	130	122	116	131	136	.		
Güterversand, arbeitstgl.	"	1950 = 100	"	257,5	220,6	184,6	183,4	190,2	174,4	187,7	234,0	210,3	217,6	220,8	189,3	228,0	177,1	173,5		
Güterempf. nach West-Berlin	"	1000 t	"	16,6	14,0	15,6	18,0	21,0	17,5	19,2	21,2	19,7	21,7	19,2	18,9	20,8	16,4	18,4		
Nettononnen-km	"	Mill.	"	4898,9	4641,2	4585,5	4611,6	5065,3	4898,6	4960,7	5305,2	5220,0	5223,5	4751,4	4476,9	5483,5	5024,8	.		
Binnenschifffahrt																				
Güterumschlag i. d. Binnenhäfen ⁴⁾	BRD	1000 t	S	12560,8	15109,4	16135,6	16869,5	17865,4	18359,2	17795,9	16868,1	14346,9	14156,9	15081,6	3054,8	13798,1	17588,6	.		
" " " " " "	W-B	"	"	129,3	146,9	202,3	189,1	204,8	184,2	157,8	182,1	182,9	194,0	143,2	—	145,4	209,1	235,6		
Beförderte Güter ⁵⁾	BRD	Mill.	"	9027,5	10309,5	10956,2	11523,1	12150,6	12406,8	12162,8	11713,2	9766,2	9498,1	10459,5	2434,0	9764,4	12088,3	12595,3		
Geleistete Tonnen-km	"	"	"	2097,6	2329,5	2518,1	2668,5	2799,9	2868,5	2895,5	2710,0	2118,4	1986,3	2405,0	619,4	2246,0	2777,2	.		
Seeschifffahrt																				
Güterumschlag, insgesamt	BRD	1000 t	S	4171	4154	4195	4343	5166	4666	4664	4749	4737	4980	4680	3894	5422	4946	.		
" " " " " "	"	"	"	3993	3867	3896	3993	4797	4273	4307	4439	4454	4732	4384	3806	5137	4608	.		
Post																				
Übermittelte Telegramme	BRD u. W-B	1950 = 100	S	101,7	105,6	112,1	102,5	114,9	118,8	108,9	109,6	98,8	115,0	90,9	88,2	109,1	101,5	.		
Fernsprechnahverkehr	"	"	"	141,6	135,1	136,4	135,1	138,3	139,6	139,0	147,4	146,8	152,6	148,1	143,5	145,5	.	.		
Fernsprechweitverkehr	"	"	"	170,4	166,7	170,4	170,4	181,5	181,5	185,2	188,9	185,2	188,9	177,8	170,4	188,9	.	.		
Beförderte Pakete	"	"	"	137,1	125,9	123,8	111,2	111,9	115,4	128,7	144,8	161,5	209,1	116,8	120,3	149,7	128,7	128,7		
Eingezahlte Postanweisungen u. Zahlkarten	"	"	"	152,6	142,1	147,4	136,8	142,1	142,1	142,1	157,9	152,6	178,9	147,4	142,1	157,9	147,4	.		
Betrag	"	"	"	181,0	177,1	170,0	180,5	183,9	181,6	180,8	190,7	184,9	230,9	185,8	178,2	208,0	187,7	.		
Straßenverkehr																				
Beförderte Personen	BRD	Mill.	S	292,3	272,2	280,8	266,1	268,2	254,9	268,2	285,6	290,4	313,2	300,6	292,1	299,2	279,5	.		
" " " " " "	W-B	"	"	24,9	22,8	24,3	23,0	23,1	23,6	23,7	25,1	25,0	26,9	25,4	24,2	25,8	24,1	.		
Omnibus	BRD	"	"	160,0	142,3	148,3	142,6	145,3	145,3	148,5	159,7	166,2	183,5	185,9	188,0	178,2	166,8	.		
Omnibus u. Obus	W-B	"	"	17,2	15,7	17,2	16,5	16,2	16,8	16,7	17,8	18,4	20,0	19,7	19,3	20,4	18,8	.		
U-Bahn	"	"	"	11,6	10,3	10,9	10,3	9,9	10,3	10,4	11,2	11,3	12,0	11,6	11,2	11,6	10,8	.		
Einzelhandelsumsätze⁶⁾																				
Gesamter Einzelhandel	BRD	1954 = 100	S	104	111	106	98	113	101	102	117	118	177	100	102	128	107	116		
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	"	107	112	105	103	111	107	107	111	108	152	101	108	130	107	113		
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	93	114	112	89	117	80	85	124	128	202	92	90	126	98	126		
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	102	100	103	97	108	110	116	129	136	200	108	99	121	111	116		
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	116	114	106	103	113	111	111	114	117	180	106	110	135	120	116		
Index der Grundstoffpreise																				
Grundstoffe insgesamt	BRD	1938 = 100	D	236	235	236	240	242	242	242	244	246	247	244	247	249	248	248		
" " " " " "	"	1950 = 100	"	123	123	123	125	126	126	126	127	128	128	127	129	130	o) 130	130		
dav.: Grundst. inländ. Herkunft	"	"	"	128	128	129	131	132	132	132	133	135	135	133	135	136	135	135		
" " " " " "	"	"	"	101	100	99	100	101	101	101	100	100	100	101	101	101	o) 103	104		
Grundst. landwirtschaftl. Herkunft	"	"	"	112	111	111	114	116	115	115	117	118	118	116	119	120	120	121		
" " " " " "	"	"	"	136	135	137	138	138	139	139	139	139	140	140	140	140	140	139		
Index der Erzeugerpreise																				
Gesamte Industrie	BRD	1938 = 100	D	221	220	221	221	222	222	223	222	223	224	224	225	226	225	225		
" " " " " "	"	1950 = 100	"																	